Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 188 — Donnerstag, 21. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 36 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Verlag. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liebsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1084 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Deutschlands Zukunft ist der Acker

Die Weltwirtschaft der Vorkriegsform zu Ende

Berlin, 21. April. Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung mitteldeutscher Rohzuckerfabriken in Halle a. S. sprach heute der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele. An Hand von Beispielen zeigte der Minister, daß die Weltwirtschaft in der Vorkriegsform zu Ende sei. Diese Tatsache bestimme zwangsläufig auch die künftige Richtung unserer Wirtschaftspolitik. Jede Betrachtung unserer Situation führe notwendigerweise zu der

Verpflichtung, in Deutschland eine stark binnenmarktorientierte Wirtschaftspolitik zu treiben.

Vier Merkmale seien für unsere Lage besonders wesentlich. Dies sind: Sechs Millionen Arbeitslose, die Schrumpfung unserer Ausfuhr, die Zwangsbewirtschaftung der Devisen, um die Stabilität der Währung zu sichern, und schließlich nicht zuletzt auf dem Gebiete der Außenpolitik unser Ringen um die politische Freiheit der Nation.

Die drückende Last der Arbeitslosigkeit,

die eigentliche Quelle der Finanznot von Ländern und Gemeinden, habe bereits bei ernsten Männern des Ruhrgebietes zu dem gigantischen Plan geführt, 500 000 Arbeitslose aus dem Ruhrgebiete umzusiedeln und in die dünner bevölkerten Gegenden des deutschen Ostens zu bringen. Das Verhältnis von Land- und Stadtbevölkerung, das jetzt mit einem Anteil von nur noch 23 Prozent Landbevölkerung höchst ungesund sei, müsse wieder ausgeglichener gestaltet werden. **Tatsächlich habe auch bereits eine Menschenwanderung in umgekehrter Richtung von der Stadt aufs Land eingesetzt.** Diese gesunde Entwicklung müsse dadurch auf das nachhaltigste verstärkt werden, daß man den Binnenmarkt leistungsfähiger gestalte und an ihm Ersatz schaffe für die am Weltmarkte verlorengegangenen Arbeitsmöglichkeiten. Da der Kern jeder Binnenmarktspolitik eine intensive Agrarpolitik sei, müßten diejenigen Zweige der deutschen Landwirtschaft besonders begünstigt werden, die in besonders hohem Maße in der Lage seien, Arbeitskräfte zu binden. Dies sei vor allem beim Hackfruchtbau und insbesondere bei der Zuckerwirtschaft der Fall. Ohne Zollschutz und Kontingentierung würden die Rübenpreise nur etwa die Hälfte oder ein Drittel der gegenwärtigen Zuckerrübenpreise betragen. Wenn trotzdem die Lage der Zuckerwirtschaft unbefriedigend sei, so wäre dies eine Folge der hohen Bestände aus den Vorjahren. Die Zuckerwirtschaft müßte stärker zum Ersatz der ausländischen kohlehydrathaltigen Futtermittel, wie Gerste und Mais, herangezogen werden. Ferner sei sobald wie möglich eine Ermäßigung der Zuckersteuer erforderlich. Eine Wirtschaftspolitik, die am Binnenmarkte neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen wolle, müsse auch die Produkte der bäuerlichen Veredlungswirtschaft stärker als bisher schützen. Dies sei auch die Voraussetzung einer beschleunigten und durch Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes verbilligten Siedlung auf den im Osten frei werdenden 2 Millionen Morgen.

Die entscheidende Ursache unserer Arbeitslosigkeit sei auch nicht die Schrumpfung unserer Ausfuhr, sondern das Versiegen des Binnenmarktes.

Auf den Rückgang der Ausfuhr entfalle nur die Arbeitslosigkeit von etwa 1,5 Million Menschen. Das Versagen des Binnenmarktes habe 4,5 Millionen Menschen arbeitslos gemacht. Die Ursache dieser Tatsache sei wiederum die nunmehr seit Jahren andauernde Verlustwirtschaft der Landwirtschaft. Grundsätzlich müßten alle Schutzmaßnahmen, insbesondere auch für die handelspolitisch gebundenen Produkte, dem volkswirtschaftlichen Bedürfnisse entsprechend und mit der nötigen Labilität, so wie es beim Getreide erreicht sei, gehandhabt werden. Der Minister legte sodann die Bedeutung der Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung für unsere Devisenbilanz und unsere nationale Befreiungspolitik dar. Immer weitere Kreise sehen die Aussichtslosigkeit einer fühlbaren Exportsteigerung. **Bisher weitgehend weltwirtschaftlich orientierte Männer bekennen sich jetzt zur Idee des Binnenmarktes.** Aus neuer Wirtschaftsgesinnung, so schloß der Minister, sei in immer breiteren Schichten unseres Volkes die Erkenntnis im Wachsen, daß immer mehr der Satz gelte: **Deutschlands Zukunft liegt auf dem deutschen Acker!**

England veröffentlicht die neuen Zölle

Sie treten sofort in Kraft

London, 21. April. **Die neue, vom Schatzkanzler Chamberlain angekündigte Zollverordnung wird heute, Donnerstag, in den späten Abendstunden veröffentlicht werden. In der Hauptsache wird es sich dabei voraussichtlich um eine Erhöhung des allgemeinen zehnprozentigen Zolltarifs für eine Anzahl von Fertigwaren und Halbfertigwaren handeln, wobei für Fertigwaren ein höherer Satz in Anwendung gebracht werden soll. Allgemein wird eine Erhöhung des Zolltarifs für Eisen- und Stahlwaren auf 33⅓ vom Hundert erwartet. Ferner werden die Zollsätze, wie allgemein angenommen wird, auch die unter das Dumping-Abwehrgesetz fallenden Waren umfassen, auf die bisher 50 v. H. erhoben wurden, wobei eine teilweise Herabsetzung der bisherigen Sätze erwartet wird. Im Zoll einfuhrgesetz ist vorgesehen, daß die neuen, vom Zollausschuß vorgeschlagenen Zusatzzölle sofort in Kraft treten.**

Köttgen Nachfolger Borsigs

Der Vorsitz der Arbeitgebervereinigung

Berlin, 21. April. Der Vorstand der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wählte heute an Stelle von Ernst von Borsig den Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke A.-G., Dr.-Ing. h. c. Carl Köttgen zum Vorsitzenden. Dr. Köttgen wandte sich in seiner Ansprache gegen Fehlgriffe in der Sozialpolitik. Für eine ausreichende Kapitalbildung der Wirtschaft bleibe seit 14 Jahren kein Raum. Die Unternehmungen und mit ihnen das ganze Volk ärmten heute vom Vermögen.

Dr. Köttgen erklärte, daß die deutschen Unternehmer nicht gegen Tarifverträge, auch nicht gegen Koalitionsfreiheit seien.

Sie wünschten aber, daß der Staat sich auf vermittelnde Hilfeleistung beschränkt, ohne den Parteien die letzte Verantwortung abzunehmen. Die Unternehmer seien bereit, der Regierung die Verantwortung für die Lohnfestsetzung wieder abzunehmen. Sie fühlten sich stark genug, die wirtschaftlichen Erfordernisse und Möglichkeiten auch unter Beachtung politischer Momente richtig einzuschätzen.

Neue Eingriffe des Staates in die Arbeitszeit, wie sie jetzt auf dem Krisenkongreß des ADGB. angekündigt wurden, müßten Ablehnung finden.

Anschließend daran sprach Prof. Dr. v. Zwiedineck-Südenhorst über „Grundfragen der Wirtschaftsverfassung in ihrer Bedeutung für das Arbeitsgebiet der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" und Dr. Syrup über „Die Fürsorge für die erwerbslose Jugend".

Groener trifft sich mit Brüning in Sigmaringen

Baut man dem Reichsbanner goldene Brücken?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. April. Entgegen allen Erwartungen wird sich die Entscheidung des Reichsinnenministers in Sachen des von der Rechten geforderten Reichsbannerverbotes doch bis Anfang nächster Woche hinauszögern. Der Reichsinnenminister will offenbar nichts unternehmen, ohne vorher mit dem Reichskanzler Fühlung genommen zu haben. Da es sich um eine schwierige Materie handelt, möchte man dies Einvernehmen nicht telephonisch herstellen, um jeden Bruch der Vertraulichkeit auszuschalten.

Infolgedessen wird Groener am Sonnabend nach Sigmaringen reisen, um sich dort mit Dr. Brüning zu treffen.

Die Verzögerung wird nebenher auch darauf zurückzuführen sein, daß das Büro des Reichspräsidenten am Dienstagnachmittag dem Reichsinnenministerium erneut Belastungsmaterial gegen das Reichsbanner zuleitete, dessen Prüfung erst Ende der Woche abgeschlossen sein dürfte. Inzwischen hat Groener, wie bereits gemeldet, den Führer des Reichsbanners und der Eisernen Front, Höltermann, empfangen. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat Reichsinnenminister Groener Höltermann Kenntnis von dem Belastungsmaterial gegeben, das ihm zur Prüfung vorliegt. Höltermann hat alsbald in einem Schreiben an Groener zu diesem Material Stellung genommen, erneut beteuert, daß die militärischen Formationen des Reichsbanners aufgelöst seien und die eidesstattliche Versicherung abgegeben, daß keinerlei Absichten beständen, die Schufo in getarntem Zustand weiter aufrechtzuerhalten. Außerdem hat sich Höltermann bereit erklärt, jederzeit dem Reichsinnenministerium sämtliche Akten des Reichsbanneres und der Eisernen Front zur Verfügung zu stellen.

Nach diesem Verfahren muß man sich wohl endgültig mit dem Gedanken vertraut machen, daß ein Verbot des Reichsbanners nicht erfolgt.

Wenn man sich daran erinnert, daß die Nationalsozialisten die amtlichen Reichsstellen auch ihrerseits dauernd über ihre Organisation auf dem laufenden gehalten und daß sämtliche SA.-Führer schriftliche Legalitätserklärungen abgegeben haben, die durch den Eid Hitlers selbst bekräftigt wurden, und wenn man jetzt daneben hält wie Groener Höltermann Einblick in das Belastungsmaterial gibt und von ihm eidesstattliche Versicherungen entgegennimmt, so hat es dann doch den Anschein, als ob man im Reichsinnenministerium Herrn **Höltermann und der Reichsbannerorganisation geradezu** goldene Brücken baut. Nachdem schon am vergangenen Sonntag anläßlich der Veröffentlichung des Groenerartikels, der als eine Spitze gegen Hindenburg bewertet wurde, dieser Eindruck entstanden war, kann man heute nur sagen, daß dieser Eindruck erneut bestätigt worden ist und daß die SPD. und das Reichsbanner wohl unbesorgt der nächsten Zeit entgegensehen können.

Hitler und Hugenberg im Wahlkampf

Berlin, 21. April. Adolf Hitler sprach am Mittwoch in Halle, Kassel und Marburg. Außerdem waren Hitler-Versammlungen in Wittenberg und Dessau geplant, die aber von der Polizei nicht zugelassen wurden, da nach Ansicht der Behörden die Polizeistreitkräfte nicht ausreichten, um eine geordnete Durchführung der Kundgebungen zu gewährleisten. Die Versammlung in Halle fand auf der Rennbahn statt, wo sich mehr als 100 000 Menschen eingefunden hatten. Vor der Ankunft Hitlers hatte hier bereits der Spitzenkandidat des Wahlkreises 11, Oberleutnant a. D. Schulz, gesprochen.

Der deutschnationale Parteiführer Hugenberg sprach am Mittwochabend vor einer vieltausendköpfigen Versammlung in Hamburg. Hugenberg gab der Hoffnung Ausdruck, daß es in Hamburg gelingen möge, den Marxisten, die zur Zeit 81 von 160 Sitzen innehaben, mindestens zehn Sitze abzunehmen.

Verhaftung von SA.-Führern in Franken

Nürnberg, 21. April. Am Dienstag, dem 29. April, wurden unter den ehemaligen SA.-Führern in Mittelfranken Massenverhaftungen vorgenommen. Die Aktion geht vom Oberreichsanwalt aus. Verhaftet wurden bis jetzt der ehemalige Sturmbannführer Lang, Ansbach, der ehemalige Standartengeschäftsführer Schübel, Ansbach, der ehemalige Sturmführer Fleischmann, Leutershausen, und der ehemalige Sturmführer Peter Seebach, Lichtenau, und der ehemalige Truppführer Meyer, Dautenwinden. Truppführer Schubert und Schneck aus Pappenheim befinden sich schon seit Gründonnerstag im Gefängnis Eichstedt. Die Verhaftungen erfolgten wegen unrechtmäßiger Waffenbeschaffung und unrechtmäßigem Waffenbesitz. Nähere Angaben können vorerst nicht gemacht werden, da die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind.

Hitler erhebt Klage gegen Hessen

München, 21. April. Wie die Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP. mitteilt, hat Hitler seinen Rechtsbeistand, RA. Dr. Frank II beauftragt, gegen den hessischen Innenminister Leuschner Verleumdungsklage in der Sache des sogenannten Boxheimer Dokumentes zu erheben.

Der Kreuger-Skandal zieht weitere Kreise

Stockholm, 21. April. Direktor Björn Pryß, der der Krugerkommission angehört, erklärte heute einem Pressevertreter, daß der Konkurs der Internationalen Match Corporation die Bestrebungen der Kommission zur Rekonstruierung der schwedischen Zündholzgesellschaft nur in geringem Maße behindern werde.

Der überraschende Fund eines Bargeldbetrages von zwei Millionen schwedischen Kronen in dem Tresor Ivar Krengers

wird in allen schwedischen Zeitungen sensationell aufgemacht. Einige Blätter behaupten, die führenden Männer der Firma Kreuger & Troll A.B. und der schwedischen Zündholzgesellschaft hätten sich auf die Nachricht von Krengers Tod hin beeilt, soviel Geld wie möglich von den Banken abzuheben, da man befürchtet habe, daß dem Konzern die Bankguthaben gesperrt werden könnten. Diese Gelder hätten sich schon im Tresor befunden, als die Untersuchungskommission ihre Arbeiten begann. „Dagens Nyheter" berichtet, es herrsche in Warschau unter den polnischen Politikern große Erregung,

weil unter den hinterlassenen Papieren Krengers angeblich eine Namensliste verschiedener polnischer politischer Persönlichkeiten gefunden worden sei.

Auf dieser Liste seien auch Geschenke verzeichnet, die Politiker von Kreuger erhalten haben sollen. Neun namhafte polnische Persönlichkeiten sollen in diese Angelegenheit verwickelt sein.

Rettungslos den Fluten ausgeliefert

Die Not im Ueberschwemmungsgebiet der Save

Belgrad, 21. April. Die Ueberschwemmungen an der Save scheinen ihr höchstes Ausmaß erreicht zu haben. In dem unabsehbaren Ueberschwemmungsgebiet vollzieht sich nun ein stilles, aber furchtbares Drama. Die Häuser stürzen nach und nach ein und verschwinden in den Fluten. Wie die „Prawda" berichtet, sind besonders vom Orte Ratscha nur noch wenige Ueberreste zu sehen. Man befürchtet, daß bis Donnerstag früh auch die letzten Häuser zusammengebrochen sein werden, so daß auf der uferlosen Wasserfläche kein Zeichen mehr an das Vorhandensein dieses Ortes erinnert. Die Behörden stehen der Not der Bevölkerung hilflos gegenüber, da es an Geldmitteln mangelt. Man schätzt den **Materialschaden bereits auf eine Milliarde Dinar.**